

Koalition regelt Nebeneinkünfte neu

Lange blockierten Union und FDP strengere Regeln für die Nebeneinkünfte von Parlamentariern. Nun kann es nicht schnell genug gehen. Einkünfte aus Zweitjobs der Abgeordneten sollen künftig in zehn Stufen veröffentlicht werden. Der Opposition reicht das nicht.



Archiv: Aktivisten der Organisationen Campact und Lobby-Control demonstrieren vor dem Reichstag in Berlin. Die Koalition hat eine Neuregelung für die Nebeneinkünfte von Abgeordneten auf den Weg gebracht. Foto: dpa

Berlin. Die Koalition hatte es plötzlich ungewöhnlich eilig. „Wir handeln, andere reden“, verkündete der Parlamentsmanager der Union, Michael Grosse-Brömer, schon am frühen Donnerstagmorgen im vierten Stock des Jakob-Kaiser-Hauses beim einem Fraktionstreffen. Nur eine halbe Stunde brauchte man hinter verschlossenen Türen, um die Opposition praktisch vor vollendete Tatsache zu stellen.

Mit einem Zehn-Stufen-Modell will Schwarz-Gelb auf eigenen Faust für mehr Transparenz bei den Zweitjobs der Abgeordneten sorgen. Und die Regierungsseite machte gleich deutlich, dass es darüber mit ihr nicht mehr viel zu verhandeln gibt. Falls die Opposition nicht mitmache, werde man das eben allein durchziehen, signalisierte der Freidemokrat Hermann Otto Solms.

Debatte über Honorare von Steinbrück

Was die Opposition wolle – eine Offenlegung nach Euro und Cent – das „ist mit uns nicht zu machen“, gab der Bundestags-Vizepräsident zu Protokoll. Wer das unbedingt wolle, könne das ja freiwillig tun. Nach dem Modell der Koalition soll die Veröffentlichung wie bisher in einem Stufenmodell erfolgen, das aber von drei auf zehn Stufen erweitert wird. Bislang mussten Abgeordnete bei Nebeneinkünften von über 7000 Euro nur pauschal die höchste Stufe drei angeben. Dabei blieb unklar, ob die Einkünfte beispielsweise 7500 Euro oder aber 100.000 Euro betragen. Das neue Modell verpflichtet die Abgeordneten zu mehr Klarheit. Die ersten beiden Stufen bleiben gleich für Einkünfte von

1000 bis 3500 und von 3500 bis 7000 Euro. Dem schließen sich neue Stufen an für Einkünfte bis 15.000 Euro, 30.000 Euro, 50.000 Euro, 75.000 Euro, 100.000 Euro, 150.000 Euro, 250.000 Euro und mehr als 250.000 Euro.

Bislang gehörten Union und FDP in der Regel zu den Bremsern, wenn es um mehr Transparenz im Bundestag ging. Als Rot-Grün 2005 die Abgeordneten zwang, erstmals wenigstens etwas ihre Einkünfte aus Nebenjobs publik zu machen, stimmte die damalige Opposition im Plenum dagegen. Auch alle Versuche in dieser Wahlperiode, über die drei geltenden Offenlegungs-Stufen hinaus mehr Klarheit zu schaffen, wurden von den jetzigen Regierungsfractionen mit immer neuen Argumenten auf die lange Bank geschoben.

Erst mit der Debatte über die üppigen Vortragshonorare des frischgekrönten SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück kam vor kurzem doch noch Bewegung in die bereits ziemlich erlahmten Bemühungen. Der öffentliche Druck nach einer Neuregelung nahm zu, nachdem bekannt wurde, dass auch eine Reihe von Abgeordneten von Union und FDP zu den Großverdienern aus einem Zweitjob gehören.

Bei Union und FDP setzte sich die Einsicht durch, dass man sich den Rufen nach strengeren Vorschriften nicht mehr völlig widersetzen könne. Vorübergehend geriet das Regierungslager sogar erheblich in die Defensive, als die SPD als Konsequenz aus der Aufregung um Steinbrück auf die Position von Grünen und Linkspartei einschwenkte, Nebeneinkünfte komplett durchleuchten zu lassen.

Opposition überrascht

Um das Heft des Handelns in dem wählerwirksamen Punkt zurückzuerobern und vielleicht auch Schlimmeres zu verhindern, preschten Union und FDP deshalb am Donnerstag mit dem eigenen Konzept vor. Die Opposition sei durchaus überrascht gewesen, freute sich Solms über den gelungenen Schachzug.

Noch ist nicht absehbar, wie die Opposition damit jetzt umgeht. Die Erwartung von SPD-Parlamentsgeschäftsführer Thomas Oppermann, dies dürfe nicht „das letzte Wort“ gewesen sein, klang nicht gerade zuversichtlich. Entweder lassen sich SPD

und Grüne auf die erweiterte Stufen-Lösung ein, oder sie stimmen im Parlament dagegen. In diesem Fall könnten Union und FDP diesmal die Opposition zum „Transparenz-Blockierer“ ausrufen.

Allerdings haben erste Prüfungen der Zehn-Stufen-Lösung ergeben, dass damit immer noch große Teile der tatsächlichen Nebeneinkünfte verschleiert werden könnten: Die Organisation „abgeordnetenwatch.de“ berechnete dies am Beispiel von Heinz Riesenhuber. Danach kassierte der CDU-Abgeordnete mit seinen zahlreichen Aufsichtsrats- und Beiratsposten tatsächlich 298.500 Euro nebenbei. Nach dem Koalitionsmodell müsste Riesenhuber aber lediglich einen Zusatzverdienst von 210.000 Euro anmelden. Fast ein Drittel der Einkünfte blieben der Öffentlichkeit damit weiterhin verborgen. (dpa)

URL: <http://www.mittelbayerische.de/index.cfm?pid=10014&lid=0&cid=0&tid=0&pk=843385>